DSAG-Stellungnahme

E-Rechnung braucht Digitalisierung

[23.06.2023] Ein Diskussionsvorschlag des Bundesfinanzministeriums sieht eine E-Rechnungs-Pflicht bei inländischen B2B-Umsätzen vor. Die Deutschsprachige SAP-Anwendergruppe hält den Vorschlag für nicht ausreichend und fordert einen einheitlichen, komplett digitalisierten E-Rechnungs-Prozess.

Das Bundesfinanzministerium (BMF) stellt eine E-Rechnungs-Pflicht bei inländischen B2B-Umsätzen zur Diskussion. Dazu hat sich nun die Deutschsprachige SAP-Anwendergruppe (DSAG) geäußert. Dass der Diskussionsvorschlag ein elektronisches Meldesystem für Rechnungen vorsieht, bewertet sie positiv. Im Hinblick auf eine vollständige Digitalisierungsstrategie sei dies aber nicht genug. Um einen nachhaltigen Mehrwert für das steuerpflichtige Unternehmen und die Finanzbehörden zu generieren, wäre ein digitales Verfahren erforderlich, mit dem Rechnungen erstellt, geprüft, weitergeleitet und bezahlt werden können, ohne papierhafte Belege austauschen zu müssen, sagt DSAG-Fachvorstand Technologie, Sebastian Westphal.
Die DSAG weist darauf hin, dass es sich bei dem geplanten elektronischen Meldewesen nicht um E-Invoicing handelt. Echtes E-Invoicing gebe es in Deutschland derzeit nicht, stattdessen werde eine elektronische Rechnung in einem elektronischen Format ausgestellt und empfangen, etwa als PDF. Daher geht der neue Diskussionsvorschlag aus Sicht des Industrieverbandes nicht weit genug. Der Vorschlag zum elektronischen Meldewesen sehe drei Elemente im Zusammenhang mit Rechnungen vor: deren Erstellung, Prüfung und Übermittlung. Die konkrete Ausgestaltung dieser Prozesse dürfte jedoch nicht divergieren, um den Umsetzungsaufwand für die Unternehmen gering zu halten und eine hohe Adaptionsrate zu erreichen.

Clearance-Verfahren notwendig

Aus DSAG-Sicht braucht es zusätzlich zum geplanten Meldesystem ein umfassendes Clearance-Verfahren, wie es in anderen Staaten bereits genutzt wird. „Das E-Invoicing sollte nicht nur den elektronischen Austausch, sondern auch die Verarbeitung von Rechnungen zwischen Lieferanten und Käufern umfassen“, sagt Sebastian Westphal. Hierzu bedürfe es eines strukturierten Datenformats, das von den Systemen der Unternehmen automatisch importiert, validiert und abgewickelt werden könne. Neben dem mit dem vorgelegten Diskussionsvorschlag angestrebten Meldewesen, das den Umsatzsteuerbetrug eindämmen soll, könne ein solches Verfahren Kosten, Fehler und schließlich auch die Umweltbelastung reduzieren. Wäre dieses Verfahren mit den Kanälen des digitalen Zahlungsverkehrs kombinierbar, könnten Rechnungen mit den Standardprozessen des jeweiligen Unternehmens verbucht und bezahlt werden.

Gesetzgebung ist gefordert

Die DSAG fordert einen vollwertigen, komplett digitalisierten E-Rechnungsprozess, der für Unternehmen aller Branchen anwendbar ist. Das Format sollte providerunabhängig sein und keine regionalen Unterschiede vorsehen. Die Zielrichtung sollte ein EU-weites System sein, sodass Dokumente wie etwa die zusammenfassende Meldung durch die E-Rechnung überflüssig werden, erklärt Westphal. Technische Punkte, wie das verwendete Format, müssten zudem frühzeitig bekannt gemacht werden, damit Software-Hersteller die für Unternehmen notwendige Tool-Unterstützung implementieren können. Gleichzeitig sollte

frühzeitig eine Testplattform bereitgestellt werden. Zur Unterstützung von Kleinunternehmern sollte ein Portal implementiert werden, das es erlaubt, E-Rechnungen manuell zu erfassen.
Aus DSAG-Sicht liegen die Formate und technischen Standards vor, um die Prozesse von der Rechnungserstellung bis zur Zahlung durchgehend zu digitalisieren. Nun sei es an der Gesetzgebung, vereinfachte Abläufe für ein digitales und zukunftsfähiges Verfahren zu schaffen, so der Verband. Die Minimalanforderung sei ein Meldewesen und ein Portal für die Unternehmen – und das idealerweise europaweit.

(sib)

Stichwörter: Politik, Finanzwesen, E-Rechnung, DSAG, SAP